

Inhaltsübersicht

Einleitung

- A. Der Drittbeitritt als Aspekt eines effektiven Insolvenzplans — 3
- B. Die Bedeutung des Drittbeitritts für den Insolvenzplan — 5

Teil 1: Vor- und Grundfragen des Beitritts Dritter zum Insolvenzplan

- A. Die grundlegende Methodik der Dritteinbindung in den Insolvenzplan — 10
- B. Die Ziele des Drittbeitritts – Schnittstellen und Wechselwirkungen zwischen globalen Planzielen und individuellen Beteiligten- sowie Beitrittsmotivationen — 30
- C. Die Entwicklung der Bedeutung der Drittbeteiligung am Insolvenzplan — 45
- D. Die Legitimation von Insolvenzplan und Drittbeitritt zum Insolvenzplan im Vergleich — 50
- E. Rechtliche Beurteilungsmaßstäbe des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 55
- F. Zusammenfassung der Grund- und Vorfragen des Beitritts zum Insolvenzplan — 104

Teil 2: Die Dimensionen des Drittbeitritts zum Insolvenzplan

- A. Die Ausgestaltung des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 109

- B. Besondere Beitrittsgestaltungen zwecks Drittbefreiung (Nichtschuldnerbefreiung) — 209**
- C. Haftungsfragen des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 216**
- D. Der Drittbeitritt zu Insolvenzplänen nach §§ 217 ff. InsO und Restrukturierungsplänen nach §§ 7 ff. StaRuG (RegE) im Vergleich — 220**

Teil 3: Eine rechtsökonomische Analyse des Drittbeitritts zum Insolvenzplan

- A. Allgemeine rechtsökonomische Erwägungen des Drittbeitritts — 238**
- B. Konkretisierungen der rechtsökonomischen Analyse des Drittbeitritts zum Insolvenzplan anhand der verschiedenen Beitrittsgruppen — 248**
- C. Ergebnisbewertung der ökonomischen Analyse des Drittbeitritts — 267**

Zusammenfassung

- A. Fazit — 271**
- B. Abschließende Betrachtung des Drittbeitritts bei Insolvenzplänen und Ausblick — 287**

Abbildungsverzeichnis — 291

Literaturverzeichnis — 293

Stichwortverzeichnis — 307

Inhalt

Einleitung

A. Der Drittbeitritt als Aspekt eines effektiven Insolvenzplans — 3

B. Die Bedeutung des Drittbeitritts für den Insolvenzplan — 5

Teil 1: Vor- und Grundfragen des Beitritts Dritter zum Insolvenzplan

A. Die grundlegende Methodik der Dritteinbindung in den Insolvenzplan — 10

I. Die Drittzusage — 10

II. Abgrenzung des Drittbeitritts zum Insolvenzplan von originären Beteiligungsformen bei Insolvenzplänen — 11

1. Das rechtspositionsbezogene Drittverständnis — 11

2. Die Abgrenzung des Begriffs des Dritten von dem Begriff des Beteiligten — 12

3. Abgrenzung des Drittbegriffs von den zwangsweise Beteiligten — 14

a) Zwangsbeteiligung und Drittbeitritt des Schuldners — 15

b) Zwangsbeteiligung und Drittbeitritt von absonderungsberechtigten Gläubigern (§§ 49 ff. InsO) — 16

c) Zwangsbeteiligung und Drittbeitritt von Insolvenzgläubigern (§ 38 InsO) — 17

d) Zwangsbeteiligung und Drittbeitritt von Gesellschaftern — 19

e) Tendenziell geringe Beitrittsrelevanz nachrangiger Insolvenzgläubiger (§ 39 InsO) — 20

4. Abgrenzung des Begriffs der freiwilligen Beteiligten und des Dritten im Rahmen des Beitritts zum Insolvenzplan — 21

5. Abgrenzung von beitretenden Dritten zu Plangaranten (§§ 230 Abs. 3, 257 Abs. 2 InsO) — 22

6. Abgrenzung von Zusagen im Rahmen von Beitritten zur Regelung von Inanspruchnahmen im Insolvenzplan (aktive vs. passive Beitritte) — 23
 7. Abgrenzung von passiven Beitritten zu für die Inanspruchnahme Dritter untereinander vorgreiflichen aktiven Beitritten (Drittbeitritt zwecks „Drittbefreiung“) — 24
 - III. Die Form der Drittzusage – Echter Drittbeitritt vs. informationsweise Dritterklärung — 26
 1. Möglichkeit der Aufnahme der Drittzusage in den gestaltenden Teil des Plans? — 26
 2. Erfordernis eines Akts der Willensbildung als Beitrittsvoraussetzung — 27
 3. Unterschiedliche Auswirkungen der verschiedenen Beitrittsformen auf die Planwirkungen — 28
- B. Die Ziele des Drittbeitritts – Schnittstellen und Wechselwirkungen zwischen globalen Planzielen und individuellen Beteiligten- sowie Beitrittsmotivationen — 30**
- I. Der Drittbeitritt im Kontext der Ziele des Insolvenzplans — 30
 1. Allgemeine Ziele des Insolvenzplans — 30
 2. Der Insolvenzplan als Sanierungsplan: die Sanierung des schuldnerischen Unternehmens und der Erhalt des Unternehmensträgers als Planprämisse — 31
 - a) Der Insolvenzplan und die Ziele des Insolvenzverfahrens — 32
 - b) Die Sanierung des Unternehmensträgers mittels Insolvenzplan vs. übertragende Sanierung ohne Insolvenzplan — 33
 - II. Die Ziele des Drittbeitritts aus Sicht des Planerstellers — 35
 - III. Motivationen von Beitretenden für einen Drittbeitritt – der Insolvenzplan als Instrument der Durchsetzung von Drittinteressen — 36
 1. Motivationen von Dritten, die in familiärer oder in gesellschaftsrechtlicher Beziehung mit dem Schuldner stehen — 37
 2. Motivationen von Auftraggebern und Auftragnehmern des schuldnerischen Unternehmens für einen Drittbeitritt — 38
 3. Der „öffentlich-rechtliche Dritte“ – Motivationen von Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen für einen Drittbeitritt — 39

- a) Abgrenzung zur Motivation von Behörden bezüglich ihrer Planteilnahme in ihrer Eigenschaft als Insolvenzgläubiger — 40
 - b) Motivation des Beitritts von Finanzbehörden bezüglich zukünftiger Steuerforderungen — 40
 - c) Sonderfall: der öffentlich-rechtliche Dritte als Auftraggeber oder Auftragnehmer — 42
- IV. Zwischenergebnis — 43
- C. Die Entwicklung der Bedeutung der Drittbeteiligung am Insolvenzplan — 45**
 - I. Eine kurze Zusammenfassung der Entwicklung des Insolvenzplanrechts im Hinblick auf die Drittbeteiligung — 45
 - II. Die erstmalige Möglichkeit der Erwägung eines Drittbeitritts bei Schaffung des Instituts des Insolvenzplans mit Inkrafttreten der InsO — 46
 - III. Das Stigma der Insolvenz und das ungenutzte Potential des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 47
- D. Die Legitimation von Insolvenzplan und Drittbeitritt zum Insolvenzplan im Vergleich — 50**
 - I. Die Legitimation des Instituts des Insolvenzplans — 50
 - II. Die Legitimation des Instrumentariums des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 51
 - 1. Der Drittbeitritt als zweckdienliches Mittel im Rahmen der privatautonomen Haftungsverwirklichung in der Krise — 51
 - 2. Die Bedeutung des Drittbeitritts zum Insolvenzplan im Kontext der ordnungspolitischen Aufgabe des Insolvenzrechts — 52
- E. Rechtliche Beurteilungsmaßstäbe des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 55**
 - I. Universelle vs. individuelle Vorgaben für einen Drittbeitritt — 56
 - 1. Universelle Vorgaben für einen Drittbeitritt zum Insolvenzplan — 56
 - a) Der Drittbeitritt und zwingendes Recht — 56
 - b) Die Bedeutung des Gleichbehandlungsgebots (§ 226 Abs. 1 InsO) und des gleichartigen wirtschaftlichen Interesses des § 222 Abs. 2 S. 1 InsO für einen Drittbeitritt — 57
 - aa) Die Problematik der Gruppenbildung bei Beitretenden — 57

- bb) Die Wahrung des Gleichbehandlungsgebots bei Mischgruppen — **59**
- cc) Die materielle Differenzierung des Drittbeitritts bei der Gruppenbildung anhand des gleichartigen wirtschaftlichen Interesses des § 222 Abs. 2 S. 1 InsO — **63**
- dd) Zwischenergebnis — **66**
- ee) Die Wahrung des Gleichbehandlungsgebots bei Gruppen mit beitretenden Absonderungsberechtigten und sonstigen Absonderungsberechtigten — **66**
- ff) Beitrittsgruppen mit mehreren Beitretenden — **67**
- gg) Abschlussbeispiel zur Gruppenbildung bei Beitrittsgruppen – Modellbildung von Beitrittsgruppen — **70**
- c) Das Verbot der Gewährung von Sonderrechten (§ 226 Abs. 3 InsO) — **73**
- d) Ergebnis — **73**
- 2. Vorfrage für die Bestimmung der individuellen Vorgaben für einen Drittbeitritt: die Rechtsnatur des Insolvenzplans — **74**
- II. Der Beitritt zum „Insolvenzplanvertrag“? – Die Rechtsnatur des Insolvenzplans — **74**
 - 1. Vorüberlegungen zu möglichen Rückschlüssen vom Regelungsgehalt des Insolvenzplans auf seine Rechtsnatur — **75**
 - 2. Der zivilrechtliche Einordnungsversuch: der Insolvenzplan als Insolvenzplanvertrag — **76**
 - a) Der Schuldner als Vertragspartei vor dem Hintergrund der Dritteinbindung — **78**
 - b) Abgrenzung von Willenserklärungen Dritter auf (Mit-) Abschluss des Insolvenzplanvertrags zu lediglich Informationsweise beigefügten Dritterklärungen nach § 230 Abs. 3 InsO nach dem „Anlagenmodell“ — **79**
 - c) Der Insolvenzverwalter als Vertragspartei vor dem Hintergrund der Dritteinbindung — **80**
 - d) Die Annahme des Insolvenzplanvertrags durch die Gläubiger vor dem Hintergrund der Dritteinbindung — **84**
 - e) Zusammenfassung zur Qualifizierung des Insolvenzplans als Vertrag — **88**

3. Die Einordnung des Insolvenzplans anhand der Rechtsfolgenseite: der Insolvenzplan als gerichtliche Entscheidungsform — **89**
4. Ergebnis — **91**
- III. Konsequenzen aus der rechtlichen Einordnung des Insolvenzplans für den Drittbeitritt — **92**
 1. Konsequenzen bei rechtlicher Einordnung als zivilrechtlicher Vertrag (Insolvenzplanvertrag) — **92**
 - a) Möglichkeit zivilrechtlicher Sekundäransprüche aus *culpa in contrahendo* (c.i.c.) — **93**
 - b) Einbindung von beitretenden öffentlich-rechtlichen Dritten (vor allem Behörden) in den Insolvenzplanvertrag — **94**
 2. Konsequenzen bei rechtlicher Einordnung als gerichtliche Entscheidungsform (Insolvenzplanbeschluss) — **97**
 - a) Auswirkungen der Auffassung als gerichtliche Entscheidungsform auf privatrechtliche Beitretende — **97**
 - b) Auswirkungen der Auffassung als Entscheidungsform auf öffentlich-rechtliche Beitretende — **98**
 3. Unterschiede in Bezug auf den Plan als Vollstreckungsgrundlage — **98**
 - a) Die Vollstreckungsgrundlage beim Insolvenzplanvertrag — **99**
 - b) Die Vollstreckungsgrundlage beim Insolvenzplanbeschluss — **99**
 4. Auswirkungen der rechtlichen Qualifizierung des Plans in Bezug auf Einwände und Rechtsmittel von Beitretenden gegen den Insolvenzplan — **100**
 - a) Rechtsmittel gegen den Insolvenzplanvertrag — **101**
 - b) Rechtsmittel gegen den Insolvenzplanbeschluss — **102**
 5. Zwischenergebnis — **102**
- F. Zusammenfassung der Grund- und Vorfragen des Beitritts zum Insolvenzplan — **104**

Teil 2: Die Dimensionen des Drittbeitritts zum Insolvenzplan

- A. Die Ausgestaltung des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 109**
- I. Der Beitritt Dritter, insbesondere nahestehender Personen zum Insolvenzplan zum Zwecke der Quotenverbesserung in der Vergleichsrechnung — 109
 1. Methodik der Drittzurwendung zur Verbesserung der Insolvenzquote — 109
 2. Ziel Nr. 1 des Drittbeitritts zu Insolvenzplänen natürlicher Personen zur Verbesserung der Insolvenzquote: vorzeitige Erwirkung der Restschuldbefreiung — 110
 3. Ziel Nr. 2 des Drittbeitritts zu Insolvenzplänen natürlicher Personen zur Verbesserung der Insolvenzquote: die „Befreiung“ des Schuldners von Forderungen aus unerlaubter Handlung — 111
 - II. Der Beitritt von privatrechtlichen Auftraggebern zum Insolvenzplan — 113
 1. Vereinbarungen in Bezug auf den Umfang künftig an die Schuldnerin zu erteilender Aufträge — 114
 - a) Fallbeispiel: die Insolvenz der Stirnmeier Möbelmanufaktur GmbH & Co. KG — 114
 - b) Lösungsansatz zum Fallbeispiel — 114
 2. Vereinbarungen in Bezug auf die Auftragsbedingungen — 115
 - a) Fallbeispiel — 115
 - aa) Sachverhalt — 115
 - bb) Lösungsansatz — 116
 - b) Das Verhältnis des Beitrittserfordernisses von Auftraggebern zum Insolvenzplan in Bezug auf Auftragsbedingungen zum Erfüllungswahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO — 117
 3. Optionen für die Annahme zukünftiger Aufträge (Auftragsvorrechte) — 118
 - III. Der Beitritt von Lieferanten zum Insolvenzplan — 119
 - IV. Der Beitritt von privatrechtlichen Lizenzgebern zum Insolvenzplan — 119
 1. Betriebsrelevante Lizenzen privatrechtlicher Dritter als Anknüpfungspunkt des Drittbeitritts — 120
 2. Von Dritten eingeräumte Dauerlizenzen als Beitrittsgegenstand — 120

- a) Rückständige Lizenzentgelte und die Kündigungsmöglichkeit des Lizenzgebers – das Verhältnis des Leistungsstörungsrechts zum Erfüllungswahlrecht des Insolvenzverwalters bei Lizenzverträgen als teilbaren Leistungen i.S.d. §§ 103, 105 InsO — **121**
- b) Der Erlass des § 227 Abs. 1 InsO und das Kündigungsrecht des Lizenzgebers — **122**
- c) Konsequenz: weiterhin bestehendes Erfordernis einer Beitrittserklärung des Lizenzgebers — **123**
- 3. Einmalig eingeräumte (gekaufte) Lizenzen — **124**
- 4. Entgegenstehende Bedingungen für die Erteilung der Zustimmung des Lizenzgebers im Insolvenzplan — **125**
- 5. Fallbeispiel: der Insolvenzplan der Schöner Trinken GmbH — **125**
 - a) Sachverhalt — **125**
 - b) Fragestellung — **126**
 - c) Lösungsansatz — **127**
- 6. Zwischenergebnis — **128**
- V. Der Beitritt von öffentlich-rechtlichen Dritten zum Insolvenzplan — **129**
 - 1. Die Wechselwirkung von öffentlich-rechtlichem Recht und Insolvenz(plan)recht — **130**
 - a) Der Vorbehalt der Erfüllung der Tatbestandsmäßigkeit — **130**
 - b) Modifizierung der vorbehaltsgenständlichen Tatbestandsmäßigkeit der zu tätigenen Zusage durch die Insolvenz — **130**
 - 2. Die Vergabe, Aufrechterhaltung und Erneuerung betriebsrelevanter Genehmigungen, Lizenzen oder Konzessionen im Insolvenzplan — **131**
 - a) Konfliktfeld: gefahrenabwehrrechtliche Vorschriften bei Beitritten von öffentlich-rechtlichen Dritten zum Insolvenzplan — **132**
 - aa) Unzuverlässigkeit und Vermögensverfall durch Insolvenz und daraus entstehende Beitrittserfordernisse für einen Insolvenzplan — **132**
 - bb) Die Insolvenz als tendenzielles Indiz für den Wegfall der Voraussetzungen gefahrenabwehrrechtlicher Genehmigungen oder Zulassungen — **134**

- b) Besonderes Spannungsfeld: Gefahrenabwehr durch Verweigerung vs. Gefahrenabwehr durch Erteilung einer Genehmigung bei drohenden Liquidationsszenarien — **134**
 - c) Fallbeispiel: die Insolvenz des Patronenherstellers Wesker & Heiking Patronen und Munition GmbH — **135**
 - aa) Sachverhalt — **135**
 - bb) Fragestellung — **137**
 - cc) Lösungsansätze — **137**
 - d) Einschränkung der Relevanz des Vermögensverfalls als Grund für eine Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit aufgrund von § 12 S. 1 GewO? — **139**
 - aa) Einschränkung Reichweite des § 12 S. 1 GewO — **140**
 - bb) Zwischenergebnis — **142**
3. Die Auftragsvergabe durch öffentlich-rechtliche Stellen im Insolvenzplan — **142**
- a) Konfliktfeld: vergaberechtliche Vorschriften bei Beitritten von öffentlich-rechtlichen Auftraggebern zum Insolvenzplan — **142**
 - aa) Potentielle Risiken für Dritte und den Insolvenzplan bei Nichtbeachtung der vergaberechtlichen Vorgaben — **142**
 - bb) Konsequenz: Pflicht zur Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften im Insolvenzplan — **143**
 - b) Spannungsverhältnis zwischen dem Geltungsanspruch des Vergaberechts und der Eilbedürftigkeit des Insolvenzverfahrens — **143**
 - c) Die Auflösung des Spannungsverhältnisses und der vergaberechtliche Begriff der Dringlichkeit — **144**
 - aa) Die Insolvenz des Auftragnehmers als besonderer Dringlichkeitsgrund im Sinne des Vergaberechts? — **145**
 - bb) Absehen von der Ausschreibung als Ultima Ratio — **146**
4. Die Zusage von finanziellen Mitteln durch öffentlich-rechtliche Dritte (Subventionen) im Insolvenzplan — **147**
5. Zusammenfassung der Konfliktfelder von öffentlich-rechtlichen Beitritten zum Insolvenzplan — **148**

- VI. Sonderfall: der Beitritt des Finanzamts zum Insolvenzplan — **149**
1. Der Drittbeitritt des Finanzamts zum Insolvenzplan in Bezug auf Sanierungsgewinne — **149**
 - a) Synopse: die Entwicklung und der Stand der Diskussion um die Besteuerung von Sanierungsgewinnen — **150**
 - b) Kein grundlegendes Erfordernis für einen Drittbeitritt in Bezug auf Sanierungsgewinne nach der Neuregelung des § 3a Abs. 1 EStG — **151**
 - c) Verbleibende Rechtsunsicherheiten nach der Neuregelung des § 3a Abs. 1 EStG als Grundlage für einen Drittbeitritt des Finanzamts in Bezug auf Sanierungsgewinne — **151**
 - d) Der Drittbeitritt des Finanzamts in Bezug auf Sanierungsgewinne nach der alten Rechtslage: Verbleibt eine Beitrittsmöglichkeit in Bezug auf Altfälle? — **153**
 - aa) BFH: keine Einkommensteuerbefreiung für Sanierungsgewinne, wenn die Verbindlichkeiten vor dem 9. Februar 2017 erlassen worden sind — **153**
 - bb) Steuererlass in Altfällen wegen persönlicher Billigkeitsgründe im Einzelfall weiterhin möglich? — **154**
 2. Der Drittbeitritt des Finanzamts zum Insolvenzplan in Bezug auf die Fortgeltung von Verlustvorträgen — **155**
 - a) Die Problematik des sog. „schädlichen Beteiligungserwerbs“ i.S.d. § 8c Abs. 1 S. 1 KStG — **155**
 - b) Synopse: die Entwicklung und der Stand der Diskussion bezüglich der Fortgeltung von Verlustvorträgen bei Unternehmenssanierungen — **156**
 - d) Regelungsbedarf im Insolvenzplan im Zuge eines Beitritts bei einem schädlichen Beteiligungserwerb nach § 8c Abs. 1 S. 1 KStG — **157**
 3. Der Drittbeitritt in Bezug auf sonstige Steuern, insbesondere auf Massesteuern als freiwilliger, weitergehender Sanierungsbeitrag — **158**
 - a) Freiwilliger Steuerverzicht des Finanzamts als Sanierungsbeitrag — **159**
 - b) Motivationsfragen des Finanzamts – warum weitergehende Steuerverzichte? — **159**

- c) Gestaltungsmöglichkeiten und -hürden des Drittbeitritts bei derartigen, freiwilligen Steuerverzichten im Insolvenzplan — **160**
 - aa) Das abgabenrechtliche Vertragsformverbot als Hürde bezüglich Vereinbarungen mit Finanzämtern in Bezug auf die Steuerschuld im Insolvenzplan — **160**
 - bb) Tendenzielle Vereinbarkeit mit dem Vertragsformverbot und Zweckmäßigkeit der Aufnahme einer steuerökonomischen Vergleichsbetrachtung in den Plan — **161**
 - cc) Langfristige Vergleichsbetrachtung vs. kurzfristige Vergleichsrechnung — **162**
 - dd) Die Schlechterstellung des Finanzamts im Rahmen der Vergleichsbetrachtung und die Auswirkungen dieser Schlechterstellung auf die Planzulässigkeit — **163**
- 4. Ergebnis — **164**
- VII. Der Beitritt von gesellschaftsrechtlich verbundenen Gesellschaften zum Insolvenzplan juristischer Personen — **164**
 - 1. Der Beitritt von Gesellschaften, die ihre gesellschaftsrechtliche Verbindung über Gesellschafteridentität begründen — **165**
 - a) Der klassische Anwendungsfall: die Einbindung der Besitzgesellschaft in den Insolvenzplan der Betriebsgesellschaft — **165**
 - aa) Hintergrund der Problemstellung: die Aufteilung des Betriebsvermögens auf unterschiedliche Rechtsträger zwecks Haftungsbegrenzung — **165**
 - bb) Konsequenzen dieser Aufteilung auf den Insolvenzplan der Betriebsgesellschaft als Schuldnerin — **166**
 - cc) Fallbeispiel: die Besitz- und die Betriebsgesellschaft des Strandrestaurants Sylt — **168**
 - b) Sonderfall: die Doppelinsolvenz von Betriebs- und Besitzgesellschaft — **171**
 - 2. Der Beitritt konzernverbundener Gesellschaften — **172**
 - a) Die Problemstellung: konzerninterne Vereinbarungen als Beschränkung bezüglich des Beitritts konzernverbundener Gesellschaften zum Insolvenzplan — **172**
 - aa) Konstellation Nr. 1: betriebsrelevante Vermögensgegenstände im Eigentum einer Schwestergesellschaft — **173**

- bb) Konstellation Nr. 2: betriebsrelevante Vermögensgegenstände im Eigentum der Konzernmutter (*Holding*) — **174**
- b) Die Interessenlage: Kollisionspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen Interessen der Konzernmutter und von Investoren in Bezug auf den Drittbeitritt bei insolvenzplanbedingten Sanierungen konzernverbundener Gesellschaften — **175**
 - aa) Die Interessen der Konzernmutter in Bezug auf den Drittbeitritt — **176**
 - bb) Die Interessen des Investors in Bezug auf den Drittbeitritt — **177**
 - cc) Die Kollisionspunkte der Interessen von Konzernmutter und Investor beim Beitritt zum Insolvenzplan — **178**
 - dd) Die Erzielung eines Konsenses und die Rolle des Insolvenzverwalters als Vermittler — **180**
- c) Die Einbindung von konzernverbundenen Gesellschaften im Hinblick auf Unternehmensverträge – Konzernvereinbarungen als Beitrittsgegenstand — **181**
 - aa) Fortwirkung der Unternehmensverträge bei Insolvenzeröffnung? — **181**
 - bb) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Fortbestand von Unternehmensverträgen unter der Konkursordnung — **181**
 - cc) Stellungnahme — **184**
- d) Die Einbindung von konzernverbundenen Gesellschaften am Beispiel von Markenrechten und die Aufrechterhaltung der *Corporate Identity* bei der Sanierung im Rahmen von Insolvenzplänen — **185**
 - aa) Die Bedeutung des unternehmerischen Außenbilds für das zu sanierende Unternehmen — **185**
 - bb) Die Notwendigkeit der Einbindung der Nutzungsbefugnisse an konzerngebundenen Marken in den Insolvenzplan — **186**
- e) Zwischenergebnis — **194**
- f) Sonderfall: Doppelin solvenz von Schuldnerin und konzernverbundener, dem Plan beitretender Gesellschaft (Schwestergesellschaft) — **194**
 - aa) Vorbehalt: Eignung des Vermögensgegenstands für eine Verwertung — **196**

- bb) Fallbeispiel: die Großdruckerei der Profidruck Betriebsgesellschaft mbH — **197**
- g) Sonderfall: der Drittbeitritt konzernverbundener Gesellschaften zum Insolvenzplan im Falle der Konzerninsolvenz — **199**
 - aa) Voraussetzung: einheitliches Sanierungskonzept für den gesamten Konzern — **201**
 - bb) Kein Beitritt zum „Konzerninsolvenzplan“ – das Erfordernis einzelner, aufeinander abgestimmter Insolvenzpläne für wechselseitige Drittbeitritte — **201**
 - cc) Die Koordination der unterschiedlichen Beitritte durch den Verfahrenskoordinator (§ 269e InsO) und die Abstimmung der Drittbeitritte im Koordinationsplan nach § 269 h InsO — **202**
- 3. Zusammenfassung der relevanten Konstellationen bei der Einbindung von gesellschaftsrechtlich verbundenen Gesellschaften — **203**
- 4. Ergebnis — **204**
- VIII. Der Beitritt des Insolvenzverwalters zum Insolvenzplan — **205**
 - 1. Keine originäre Planbeteiligung des Insolvenzverwalters — **205**
 - 2. Möglichkeit des Drittbeitritts des Insolvenzverwalters in Bezug auf den Vergütungsanspruch — **207**
- IX. Der Schuldner als Dritter? — **208**

B. Besondere Beitrittsgestaltungen zwecks Drittbefreiung (Nichtschuldnerbefreiung) — 209

- I. Third Party-Releases im US-amerikanischen Insolvenzrecht — **209**
- II. Die begrenzte Reichweite der Erlassfiktion des Insolvenzplans: Erlass nach § 227 Abs. 1 InsO vs. Erlassvertrag nach § 397 BGB — **211**
- III. Regelungsansatz für Drittbefreiungen: Erlassvertrag im Sinne des § 397 BGB im Insolvenzplan — **212**
- IV. Regelungshürden für Drittbefreiungen von Steuerverbindlichkeiten — **213**
 - 1. Steuerlicher Erlassvertrag zwischen Nichtschuldner und Finanzamt im Insolvenzplan — **213**
 - 2. Drittbefreiung – Insolvenzplantechnisches „Goodie“ oder sanierungsrechtliche Notwendigkeit? — **214**
 - 3. Unzulässiges Synallagma von Nichtschuldnerbefreiung und Mitwirkung an der Sanierung als „Gegenleistung“? — **215**
- V. Zusammenfassung — **215**

- C. Haftungsfragen des Drittbeitritts zum Insolvenzplan — 216**
 - I. Möglichkeit der positiven Inanspruchnahme aus dem Insolvenzplan — 216
 - II. Sekundäransprüche bei Nichterfüllung der Verpflichtungen aus der Beitrittsvereinbarung im Insolvenzplan — 216
 - III. Unberührtbleiben der Haftung des Insolvenzverwalters — 217
 - IV. Haftungsmaßstab bei der Planerstellung durch Dritte — 218

- D. Der Drittbeitritt zu Insolvenzplänen nach §§ 217 ff. InsO und Restrukturierungsplänen nach §§ 7 ff. StaRuG (RegE) im Vergleich — 220**
 - I. Der Insolvenzplan im Kontext aktueller Sanierungstendenzen im internationalen Insolvenz- und Sanierungsrecht — 220
 - II. Grundlegende Parallelproblematik des Drittbeitritts: die Rechtsnatur des Restrukturierungsplans — 224
 - III. Parallelproblematik: Auswirkungen der Einleitung des Restrukturierungsverfahrens auf Verträge und damit im Zusammenhang stehende Drittbeitritte — 228
 - IV. Parallelproblematik: Drittbeitritte von Auftraggebern — 230
 - V. Parallelproblematik: Beitritte von öffentlich-rechtlichen Dritten in Bezug auf Genehmigungen und Subventionen — 231
 - 1. Im speziellen: Parallelproblematik von Subventionen im Restrukturierungsplan — 232
 - 2. Im speziellen: Parallelproblematik des Vermögensverfalls als Grund für eine Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit aufgrund der im Rahmen von Art. 20 SanInsFoG (RegE) vorgesehenen Änderungen — 233
 - VI. Zusammenfassung — 233

Teil 3: Eine rechtsökonomische Analyse des Drittbeitritts zum Insolvenzplan

- A. Allgemeine rechtsökonomische Erwägungen des Drittbeitritts — 238**
 - I. Die grundlegende rechtsökonomische Prämisse des Drittbeitritts: die Entscheidung für und wider den Drittbeitritt anhand des Nutzens des Dritten — 238
 - II. Die individuelle Bestimmung des Nutzens des Dritten — 238
 - III. Die Relativität des Nutzens des Dritten — 239

- IV. Die Bestimmung des individuellen Vorteils der unterschiedlichen Insolvenzszzenarien — **240**
 - 1. Allgemeine Aspekte der Vorteilsbestimmung — **240**
 - 2. Die Vorteilsbestimmung im Falle der Regelabwicklung — **241**
 - a) Die Vorteilsbestimmung im Falle der Regelabwicklung im Liquidationsszenario — **241**
 - b) Die Vorteilsbestimmung im Falle der Regelabwicklung im Fortführungsszenario, insbesondere bei übertragender Sanierung — **242**
 - 3. Die Vorteilsbestimmung im Falle der Abwicklung mittels eines Insolvenzplans — **243**
 - 4. Gegenüberstellung der Vorteilsberechnungen — **243**
 - a) Vergleichsansatz Nr. 1: Gegenüberstellung der Liquidation im Falle der Regelabwicklung mit dem Insolvenzplanszenario — **244**
 - b) Vergleichsansatz Nr. 2: Gegenüberstellung der Fortführung im Falle der Regelabwicklung mit dem Insolvenzplanszenario — **244**
 - 5. Zwischenergebnis — **246**

- B. Konkretisierungen der rechtsökonomischen Analyse des Drittbeitritts zum Insolvenzplan anhand der verschiedenen Beitrittsgruppen — **248**
 - I. Der Drittbeitritt von nahestehenden Personen zwecks Quotenverbesserung aus rechtsökonomischer Perspektive — **248**
 - 1. Die rechtsökonomische Perspektive des Beitretenden — **249**
 - a) Die ökonomische Messbarkeit emotionaler Belastung Dritter durch die Insolvenz des Schuldners — **249**
 - b) Fallbeispiel — **249**
 - c) Die ökonomische Messbarkeit einer Rufschädigung durch die Insolvenz des Schuldners — **249**
 - d) Die Verbesserung der Chancen der Erwerbstätigkeit eines Schuldners als ökonomischer Vorteil — **250**
 - e) Abwandlung zum o.g. Fallbeispiel — **250**
 - 2. Die rechtsökonomische Perspektive der Gläubiger — **251**
 - II. Der Drittbeitritt von Auftraggebern aus rechtsökonomischer Perspektive — **252**
 - 1. Die rechtsökonomische Zielsetzung des Drittbeitritts von Auftraggebern zum Insolvenzplan — **252**
 - 2. Ausfallrisiko im Falle des Nichtbeitritts zum Insolvenzplan — **252**

- 3. Risiko im Falle des Beitritts zum Insolvenzplan — 253
 - 4. Abwägung der Risiken durch den Auftraggeber — 254
 - III. Der Drittbeitritt von Finanzämtern aus steuerökonomischer Perspektive — 254
 - 1. Steuerökonomische Fragestellung — 255
 - 2. Untersuchungsrelevante Fallkonstellationen — 255
 - 3. Der Verzicht des Finanzamts auf Steuern im Insolvenzplan — 256
 - a) Originäre steuerökonomische Betrachtung des freiwilligen Verzichts auf Steuern aus Sicht des Finanzamts — 256
 - b) Berücksichtigung von Alternativszenarien bei Verweigerung des Drittbeitritts — 256
 - aa) Berücksichtigung des Szenarios des Scheiterns des Plans bei Fehlen anderweitiger Sanierungsmöglichkeiten — 257
 - bb) Berücksichtigung des Szenarios der übertragenden Sanierung bei Scheitern des Plans (bei Fehlen von weitergehenden Sanierungsalternativen) — 258
 - c) Zwischenergebnis — 262
 - 4. Der Verzicht auf Sanierungsgewinne im Insolvenzplan bei Altfällen, auf die § 3a EStG keine Anwendung findet — 263
 - a) Berücksichtigung des Szenarios der übertragenden Sanierung bei Scheitern des Plans — 263
 - b) Fallbeispiel zum Drittbeitritt des Finanzamts zu Insolvenzplänen im Rahmen eines Sanierungserlasses bei Altfällen — 263
 - aa) Sachverhalt — 263
 - bb) Lösungsansatz — 264
 - bb) Abweichungen des steuerökonomischen Ergebnisses bei alternativen Gestaltungsvarianten des Drittbeitritts — 265
 - c) Zwischenergebnis — 265
- C. Ergebnisbewertung der ökonomischen Analyse des Drittbeitritts — 267**

Zusammenfassung

A. Fazit — 271

- I. Thesen zum 1. Teil (Grundlagen und Vorfragen des Drittbeitritts) — **271**
- II. Thesen zum 2. Teil (Dimensionen des Drittbeitritts) — **275**
- III. Thesen zum 3. Teil (rechtsökonomische Analyse des Drittbeitritts) — **282**

B. Abschließende Betrachtung des Drittbeitritts bei Insolvenzplänen und Ausblick — 287

- I. Die Perspektive des Drittbeitritts zum Insolvenzplan: der Drittbeitritt zum Restrukturierungsplan? — **287**
- II. Entscheidender Erfolgsfaktor für einen Drittbeitritt zum Insolvenzplan: Konsens — **289**

Abbildungsverzeichnis — 291

Literaturverzeichnis — 293

Stichwortverzeichnis — 307